

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 ppbh d

Inhalt

Karl Klein verurteilt die Bonner Steuerreform: Strukturverbesserungen im öffentlichen Dienst gefährdet.

Seite 1

Renate Schmidt MdB kommentiert den „Kompetenz-Zuwachs“ der Frauenministerin: Ein kleines Zubrot für Frau Süsmuth.

Seite 3

Dokumentation:

Unter dem Titel „Chancen und Risiken der Entspannung“ hielt SPD-Präsidiumsmitglied Dr. Erhard Eppler auf dem Evangelischen Kirchentag der DDR einen Vortrag, den wir in drei Teilen dokumentieren. Wortlaut

Seite 4

42. Jahrgang / 126

8. Juli 1987

Zum Nachteil der kleinen Beamten und ihrer Familien

Steuerreform gefährdet Strukturverbesserungen im öffentlichen Dienst

Von Karl Klein

Vorsitzender des Arbeitskreises „Sozialdemokraten im Deutschen Beamtenbund“ und

Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes

Am 14. November 1985 hat der Deutsche Bundestag in einer EntschlieÙung die Bundesregierung aufgefordert, unter anderem einen Bericht über die Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechtes bis zum Herbst 1986 vorzulegen. Die Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ging zu Ende ohne daß der sogenannte Strukturbericht vorlag.

Aus Presseveröffentlichungen ist zu entnehmen, daß nunmehr dieser Bericht in den Ressorts besprochen wird. Die Beamten erwarten, daß insbesondere sehr bald was geschieht, weil die Besoldung insbesondere im einfachen und im mittleren Dienst nicht mehr zeitgemäß ist, und im Wettbewerb zur freien Wirtschaft nicht mehr bestehen kann.

Vordringlich bedarf es des Wegfalls der Eingangsgruppe im mittleren Dienst und die Aufhebung der Absenkung der Eingangämter im gehobenen und höheren Dienst. Aber auch für

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertrieben/vertriebt
mit dem/der Ratgeber
Rechtsgesetz-Verlag



den einfachen Dienst müssen Verbesserungen ins Auge gefaßt werden, weil diese Kollegen ein Gehaltsniveau haben, was sich in der Nähe der Sozialhilfe bewegt.

Die Politik der Bundesregierung läßt allerdings nicht erwarten, daß diese vordringlichen Aufgaben erfüllt werden. Eine Steuerreform mit einem Einnahmefall von 45 Milliarden DM und eine Koalitionsvereinbarung einschließlich der Regierungserklärung des Bundeskanzlers des Inhalts, bis 1989 keine Leistungsgesetze mehr zu beschließen, läßt erwarten, daß die berechtigten Forderungen und die Erkenntnisse des Bundesinnenministers in dem Strukturbericht nicht realisiert werden.

Der „Eisregen“ des Bundesfinanzministers und die durch eine falsche Politik fehlenden finanziellen Mittel machen den Deutschen Bundestag handlungsunfähig.

Betroffen sind die kleinen Beamten und ihre Familien. Der Deutsche Beamtenbund erwartet, daß die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag sobald der Strukturbericht vorliegt, eine Anhörung über die Maßnahmen, die vordringlich vom Gesetzgeber getroffen werden müssen, machen.

Dazu gehört nicht zuletzt auch eine angemessene Personalausstattung sowie eine leistungsgerechte Besoldung, damit der öffentliche Dienst in die Lage versetzt wird, beschlossene Gesetze sachgerecht durchzuführen und den Dienst für den Bürger reibungslos zu erbringen.

(-/8.7.1987/vo-he/rs)

* * *



Ein kleines Zubrot für Frau Süsmuth

Anmerkungen zum „Kompetenz-Zuwachs“ der Frauenministerin

Von Renate Schmidt MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Entscheidungsfreudigkeit kann man dieser Bundesregierung wahrlich nicht nachsagen, zumal wenn es sich um Zugeständnisse für Frauen handelt. Vor über einem Jahr hat die Bundesministerin Süsmuth ihren Amtstitel um den Zusatz „Frauen“ erweitert, seit Anfang dieses Jahres verfügt sie auch über 18 zusätzliche Stellen für eine entsprechende Abteilung, ohne jedoch gleichzeitig die entsprechenden Kompetenzen erhalten zu haben.

Gestern nun hat sich das Bundeskabinett zu einem Süsmuth-Pflasterchen durchgerungen - bei dem freilich die mächtigen Ressortkollegen, an der Spitze der Bundesarbeitsminister, kaum Federn lassen mußten. Dementsprechend mager ist daher der Zugewinn für die neue Frauenministerin ausgefallen. Diese Zugeständnisse für das erweiterte Ressort sind denn auch bei weitem nicht der erhoffte große Durchbruch für die Frauenpolitik, wie Frau Süsmuth selbst die jüngsten Kabinettsbeschlüsse interpretiert.

Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit ist jetzt zuständig für den Mutterschutz und die Frauenförderung in den obersten Bundesbehörden. Arbeitsfelder wie die berufliche Wiedereingliederung von Frauen, die Teilzeitarbeit im Öffentlichen Dienst oder die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe haben die Ressortkollegen nicht in das von Frau Süsmuth geführte Amt übertragen wollen und der Kabinettskollegin lediglich die formale Mitfederführung zugestanden - dabei war ihr Ressor ohnehin seit eh und je in den entsprechenden interministeriellen Arbeitsgruppen vertreten.

Das in die Geschäftsordnung der Bundesregierung aufgenommene Rederecht in frauenpolitischen Angelegenheiten erweist sich bei näherem Hinsehen so recht als Augenwischerei. Wer erinnerte sich nicht an die zahlreichen Redebeiträge, die Frau Süsmuth zur Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Rentnerinnen oder zur Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung gehalten hat, ohne hierfür früher oder jetzt zuständig zu sein.

Das für die Gleichstellung der Frauen so wichtige Arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz, die generelle Förderung von Frauen, das Ehe- und Familienrecht, die Gesamtreform § 218, die Soziale Sicherung von Frauen - also wahrhaft die Existenzsicherung von Frauen berührende Gesetze - wurden nicht in das Süsmuth-Ressort verlagert. Darüber hinaus hat die Bundesministerin weder das verlangte Vetorecht noch die von ihr angestrebte grundsätzliche gemeinsame Federführung in allen Frauenfragen gegenüber den Kabinettskollegen durchsetzen können.

Alles in allem: Der Bundesministerin Süsmuth wurde ein kleines politisches Zubrot zugestanden, wohl kaum aus Überzeugung des konservativen Bundeskabinetts, sondern eher auf den öffentlichen Druck hin und den für die Union gefährlichen Abwärtstrend der Wählerinnen.

Warten wir ab, was Frau Süsmuth aus diesem Kompetenz-Einkauf macht. (-/8.7.1987/vo-he/rs)

* * *



DOKUMENTATION

Dr. Erhard Eppler: Chancen und Risiken der Entspannung

(Teil I)

SPD-Präsidiumsmitglied Dr. Erhard Eppler hielt auf dem Evangelischen Kirchentag der DDR in Ostberlin unter diesem Titel einen Vortrag, den wir in drei Teilen dokumentieren.

Ich soll über Chancen und Risiken der Entspannung sprechen. Aber ich weiß nicht, und zwar je länger desto weniger, ob Wort und Begriff der Entspannung das trifft, worum es heute geht. Und zwar aus zwei Gründen.

Erstens ist Entspannung ein Übergangszustand, Teil jenes Rhythmus von Spannung und Entspannung, der menschlichem Leben eigen ist. Wo dieser Rhythmus von Spannung und Entspannung gestört oder gar ausgeschaltet ist, wird der Mensch krank. Aber politisch meinen wir mit Entspannung doch nicht eine Zwischenphase zwischen zwei Spannungszuständen. Wir möchten ja nicht, daß auf jede Periode der Entspannung wieder eine der Spannung folgt. Das war zwar bisher so. Der Entspannung, an der ich als Mitglied der Bundesregierung mitwirken konnte, folgte zu Beginn der achtziger Jahre neue Spannung. Soll das immer so weitergehen?

Zum zweiten scheint mir das, was jetzt vor uns liegt, andere Qualität zu haben, als die Entspannungsperiode der siebziger Jahre. Damals mußten gerade wir Deutschen uns erst einmal daran gewöhnen, vernünftig und einigermaßen entspannt miteinander zu reden, Realitäten zur Kenntnis zu nehmen, der übrigen Welt die lästigen querelles allemandes zu ersparen, die primitivsten Feindbilder abzubauen. Aber möglicherweise mußten damals die politisch Handelnden auf beiden Seiten diese erste Übung in Entspannung mit Zugeständnissen an die Militärs bezahlen und immer neu beteuern: Wir versuchen zwar Entspannung, aber in unseren Anstrengungen zur Verteidigung - in dem, was andere das Wettüben nannten - werden wir nicht nachlassen. Und so war es eben jene Eigendynamik des Rüstens, die gegen Ende des Jahrzehnts die politische Entspannung an ihr Ende brachte.

Heute geht es um mehr: Um den Entwurf einer zweckmäßigen Architektur für das gemeinsame Haus Europa, zumindest um den Bauplatz für eine europäische Friedensordnung und die ersten Vorgaben für die Architekten. Es geht um den Anlauf zu einer Friedensordnung, die verhindert, daß wir im Rhythmus von Spannung und Entspannung solange fortfahren, bis Hochspannung zum Kurzschluß führt. So wie wir in unseren Kirchen einen konziliaren Prozeß begonnen haben hin zu einem klaren Wort der Kirchen zum Frieden, so sind wir am Beginn eines politischen Diskurses über eine dauerhafte, einigermaßen stabile Friedensordnung in Europa. Und dafür paßt das Wort Entspannung nur sehr teilweise und sehr eingeschränkt.

II

Ausgangspunkt dieses Diskurses ist eine Einsicht, die in den siebziger Jahren noch nicht politisch wirksam war: Daß keiner Frieden und Sicherheit gegen den anderen errüsten, sondern nur noch mit ihm vereinbaren und organisieren kann. Das ist eine Einsicht, die alles über den Haufen wirft, was seit den Zeiten Roms und Babylons von Strategen gedacht und von Politikern getan worden ist. Wenn meine eigene Bedrohung wächst, je mehr ich den anderen bedrohe - und das ist jetzt der Fall, - dann entzieht dies dem Denken den Boden, das Synoden in der DDR die Logik der Abschreckung nannten. Aber zu dem Schluß, daß ich selbst vielleicht umso weniger bedroht werde, je weniger ich andere bedrohe, sind bisher keineswegs alle Politiker gekommen.



Und eben dies müssen wir lernen. Man kann die neue Erkenntnis auch so formulieren: Niemand wird auf Dauer wesentlich sicherer sein als der, den der durch Bedrohung unsicher machen will. Und deshalb haben alle ein Interesse daran, daß niemand sich unsicher fühlt, niemand bedroht wird und also auch niemand den anderen bedroht.

Daß wir, um nach solchen Einsichten zu handeln, so etwas wie Neues Denken brauchen, ist eher eine Untertreibung als eine unangemessene Dramatisierung. Denn wir sollen da ein Denken überwinden, das in Europa und darüber hinaus seit mindestens zweitausend Jahren fast unangefochten ist. Ich habe an anderer Stelle auf diesem Kirchentag vom Unterschied zwischen der römischen Pax und dem biblischen Schalom gesprochen, von der Göttin Pax, die abgebildet wurde mit einem Fuß auf dem Nacken des besiegten Feindes, jener stolzen, sieghaften Göttin, die insgeheim von allen großen Mächten Europas verehrt wurde und die nun von ihrem Sockel gestoßen worden muß, wenn wir überleben wollen. Es ist eine Göttin, die auch in der Christenheit seit Konstantin immer wieder zwischen der Bergpredigt und der kirchlichen Lehre stand und wohl auch heute noch dort steht. Warum und wie sie da zu stehen kam und warum sie nun endlich weichen muß, das wird ein entscheidender Gegenstand des konziliaren Prozesses sein. Und natürlich wird diese Göttin da, wo die militärische Macht sich balgt, noch mehr Verehrer behalten als in den Kirchen.

Die Einsicht, daß sich Frieden und Sicherheit nicht mehr gegeneinander errüsten, sondern nur noch miteinander vereinbaren lassen, war zuerst eine These der Friedensbewegungen, dann eine Grundlage für die Arbeit der Palme-Kommission. Seit 1986 habe ich den Eindruck, daß der sowjetische Generalsekretär sich dieser Erkenntnis geöffnet hat. Ich hege die Vermutung, daß Gorbatschow, als man ihm eröffnete, welche Entscheidungen der erste Mann einer Weltmacht im Fall der Fälle zu treffen hat, tief erschrocken war, noch mehr, als Experten ihm dargelegt haben dürften, daß die Zeit nicht fern sei, in der solche Entscheidungen über Leben und Tod aus Zeitmangel Computern überantwortet werden müssen.

Jedenfalls taucht das Motiv der Selbstentmündigung des Menschen durch die Rüstungstechnik bei Gorbatschow immer wieder auf. Zusammenhängend hat er sich auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1986 geäußert:

Ich zitiere daraus einige Passagen:

„Der Charakter der modernen Waffen läßt keinem einzigen Staat die Hoffnung, sich allein durch militärisch-technische Mittel zu schützen, sagen wir, durch die Schaffung einer Verteidigung, und sei sie auch noch so mächtig. Die Gewährleistung der Sicherheit nimmt immer mehr den Charakter einer politischen Aufgabe an, deshalb kann sie nur mit politischen Mitteln gelöst werden. Es bedarf vor allem des Willens, den Weg der Abrüstung zu gehen. Die Sicherheit kann nicht bis ins Unendliche auf der Angst vor Vergeltung, das heißt auf den Doktrinen der ‚Eindämmung‘ oder ‚Abschreckung‘, aufgebaut werden. Es wäre schon an sich absurd und unmoralisch, die ganze Welt zur nuklearen Geißel herabzuwürdigen, aber darüber hinaus peitschen solche Doktrinen die Hochrüstung an, und früher oder später kann sie sich jeder Kontrolle entziehen.“

Spricht man vom Verhältnis UdSSR - USA, so kann die Sicherheit nur gegenseitig, und nimmt man die internationalen Beziehungen insgesamt, kann sie nur allgemein sein. Die höchste Weisheit liegt nicht darin, ausschließlich an sich selbst zu denken, noch dazu zum Nachteil der anderen Seite. Alle müssen sich gleich sicher fühlen, denn die Angst und Unruhe des nuklearen Zeitalters bewirken Unvoraussagbarkeit in Politik und konkretem Handeln. Sehr wichtig wird es, die kritische Bedeutung des Faktors Zeit zu berücksichtigen. Das Aufkommen neuer Systeme von Massenvernichtungswaffen läßt die Zeit unablässig schrumpfen und reduziert die Möglichkeiten, bei Krisen politische Entscheidungen über Fragen von Krieg und Frieden zu treffen. Kurzum, für Krieg und die Politik der Stärke ist die Welt von heute viel zu klein und gebrechlich. Sie kann nicht gerettet und erhalten werden, wenn man nicht entschieden und ein für allemal mit der Denk- und Handlungsweise bricht, die jahrhundertlang auf der Vertretbarkeit, Zulässigkeit von Kriegen und bewaffneten Konflikten basierte.“



Folglich muß erkannt werden, daß sich das Wettrüsten ebensowenig gewinnen läßt wie ein Nuklearkrieg selbst. Die Fortsetzung eines solchen Wettlaufs auf der Erde und erst recht seine Ausdehnung auf den Weltraum wird das ohnehin kritisch hohe Tempo der Anhäufung und Perfektionierung der Kernwaffen beschleunigen. Die Situation in der Welt könnte so weit gedeihen, daß sie von Vernunft und Willen der Politiker nicht mehr abhängen würde. Sie würden Gefangene der Technik, der militärisch-technokratischen Logik sein. Folglich können ein Nuklearkrieg, aber auch schon die Vorbereitung zum ihm, das heißt das Wettrüsten, das Streben nach militärischer Überlegenheit objektiv niemandem politischen Gewinn bringen."

So weit das Zitat.

Es wird heute kaum mehr behauptet, dies sei nur Geflücker, unredliche Taktik. Aber es wird gesagt, dahinter stünde die Notwendigkeit, knappe Ressourcen für den wirtschaftlichen Aufbau freizumachen. Das halte ich für wahrscheinlich und einleuchtend. Aber wer genau hinhört, spürt auch die Furcht eines Menschen davor, daß schließlich nicht mehr die menschliche Ratio, an die er glauben möchte, sondern die Produkte dieser Ratio über das Weiterleben der Menschheit entscheiden. Und das muß ja gerade einen Marxisten-Leninisten umtreiben, der an den Fortschritt durch die Ratio glauben gelernt hat.

Noch einmal: Es ist vor allem die drohende Selbstentmündigung des Menschen, die den ersten Mann der Sowjetunion erschreckt hat. Wer die Entscheidung über sein Leben Apparaturen anvertraut, hat sich aufgegeben.

Die Frage ist heute nicht mehr, ob westliche Politik, wenn sie sich die Erkenntnisse der Friedensbewegung oder auch Olof Palmes zueigen macht, im Osten Partner findet. Sie ist, und ich sage dies nicht ohne Beschämung, ob Erkenntnisse, die im Westen erstmals formuliert wurden, eben da in praktische Friedenspolitik umgesetzt werden können, wenn sie als Neues Denken oder überraschende Angebote aus dem Osten in den Westen zurückkehren. (-/8.7.1987/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

* * *

